

# rundbrief

Nr. 3/2017 · Dezember 2017

## Was von Jamaika bleibt

In den Wochen nach der Bundestagswahl hat sich in Sachen Lobbyregister so viel bewegt, wie in vielen Jahren zuvor nicht. Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode brachte die Linke einen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister ein. Und in den Jamaika-Sondierungen einigten sich sogar Union, FDP und Grüne auf ein verpflichtendes Lobbyregister. Dahinter darf nun keine Bundesregierung mehr zurückfallen.



Am 9. November protestierten wir vor der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin für mehr Lobbykontrolle und übergaben unsere Petition an CSU-Verhandlungsführer Joachim Herrmann.

Jamaika ist gescheitert. Und dennoch steht unter dem Strich ein echter Fortschritt: Das Thema Lobbytransparenz hat endlich die Mitte-Rechts Parteien im Bundestag erreicht. Mitte November hatten sich die Jamaika-Verhandler darauf verständigt, ein verpflichtendes Lobbyregister und damit ein Mindestmaß an Lobbytransparenz, wie es in anderen Ländern längst üblich ist, einzuführen. Damit solle mehr Transparenz über die Arbeit von Lobbyisten gegenüber Parlament und Regierung geschaffen werden, „ohne wirksames Regierungshandeln oder die freie Ausübung des parlamentarischen Mandats einzuschränken“, hieß es in dem Sondierungspapier von CDU, CSU, FDP und Grünen. Eine echte Überraschung, hatten vor allem Union und FDP diese Forderung in den vergangenen Jahren doch stets blockiert.

### Bestätigung unserer Arbeit

Für uns ist die Entwicklung auch eine Bestätigung unserer jahrelangen Arbeit. Seit unserer Gründung haben wir für ein Lobbyregister gekämpft, 2016 stellten wir

einen eigenen Gesetzentwurf vor und auch im Bundestagswahlkampf und während der Jamaika-Verhandlungen machten wir Druck. Wir haben mit vielen Politiker/innen gesprochen und auf allen Kanälen immer wieder betont: Keine Regierung ohne Lobbyregulierung! Und tatsächlich äußerte sich Mitte November FDP-Chef Lindner bei uns via Twitter zu Wort und verkündete, „keinen ideologischen Widerstand“ gegen das Transparenzregister zu haben. Und CSU-Verhandlungsführer Joachim Herrmann nahm während der Sondierungen unsere Petition „Wissen, was drin steckt!“ mit 33.000 Unterschriften entgegen und betonte, dass es aus seiner Sicht beim Lobbyismus natürlich Transparenz darüber geben müsse, „wer mit welchen Zielen und warum unterwegs“ sei.

### Es gibt kein Zurück mehr

Wie auch immer es nun weitergeht in den nächsten Wochen und Monaten: Hinter die Einigung auf das Lobbyregister kommt die nächste Regierung nun nicht wieder zurück. Immerhin das bleibt von Jamaika.

Timo Lange

editorial

## Liebe Leserinnen und Leser,

seit mehr als zehn Jahren setzt LobbyControl sich für ein verpflichtendes Lobbyregister ein: Es ist ein Langstreckenlauf mit vielen Hürden, die zuletzt vor allem die Union in den Weg gestellt hatte. Bei den Sondierungsgesprächen für eine Jamaika-Koalition sah es dann überraschend doch so aus, dass sich die Parteien auf ein Register hätten verständigen können. Nun hat die FDP das Scheitern der Verhandlungen erklärt.

Wenn Sie diesen Rundbrief in Ihren Händen halten, mag die politische Lage wieder ganz anders aussehen. Klar aber ist: Es ist Bewegung in die Debatte um ein Lobbyregister gekommen. Für uns ist das deshalb trotz der letzten Nachrichten ein Erfolg.

Klar ist auch: Ohne Ihre Unterstützung wäre uns womöglich längst die Puste ausgegangen. Sie aber geben uns Rückenwind – vielen Dank dafür! Nun beginnt die nächste Etappe: Wer auch immer eine neue Regierung bilden wird, darf nicht mehr hinter ein Lobbyregister zurückfallen. Daran werden wir weiter arbeiten.

Es grüßt Sie herzlich  
Ihre



*Imke Dierßen*  
Politische Geschäftsführerin

## Die Spur des Geldes Unsere neue Parteispenden-Datenbank

Mit der neuen LobbyControl-Datenbank kann sich nun jede und jeder mit wenigen Klicks über die Spendenflüsse der letzten Jahre informieren.



Foto: Bianca Thies | LobbyControl

Wir fordern eine Obergrenze für Parteispenden von 50.000 Euro und mehr Transparenz.

Parteispenden sind ein beliebtes Lobbyinstrument. Sie können Abhängigkeiten begründen und bei Empfängern die Neigung erzeugen, sich mit politischer Gefälligkeit zu revanchieren. LobbyControl hat sich deshalb auf Spurensuche begeben: In mühevoller Kleinarbeit haben wir in den vergangenen Monaten alle Großspenden an Parteien seit dem Jahr 2000 zusammengetragen. Herausgekommen ist eine mehr als 10.000 Einträge umfassende Datenbank, die wir in unser Online-Lexikon Lobbypedia integriert haben. Alle Bürgerinnen und Bürger, Journalisten oder Forscher können diese Daten nun mit wenigen Klicks durchsuchen. Dabei wird beispielsweise sichtbar:

- Die milliardenschwere Bankenrettung in der Finanzkrise fand vor dem Hintergrund üppiger Parteispenden aus dem Finanzsektor statt: Seit dem Jahr 2000 flossen fast 21 Millionen Euro. Größte Geldgeber: das Firmengeflecht der Deutschen Vermögensberatung, Deutsche Bank und Allianz.
- Über 17 Millionen Euro spendete die jetzt wegen Abgasbetrug am Pranger stehende Autolobby seit 2009 an CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne. Fast vier Fünftel des Geldes gingen dabei an Schwarz-Gelb.

- Die Großspenden von jeweils über 50.000 Euro brachen im Bundestagswahlkampf 2017 alle Rekorde. Die FDP allein bekam über 1,6 Millionen Euro – doppelt so viel wie im ganzen letzten Wahljahr 2013. Über 90 Prozent der Großspenden-Summe ging an Schwarz-Gelb.



Unsere Datenbank markiert einen echten Fortschritt: Bislang musste man sich durch Stapel von Rechenschaftsberichten wühlen, um Parteispenden zu recherchieren. Denn anders als in anderen Ländern versäumte es hierzulande die zuständige Behörde, eine bürgerfreundlichere Lösung zu entwickeln. Dank unserer Datenbank können nun auch Sie im Handumdrehen herausfinden, welche Unternehmen, Wirtschaftsverbände und reiche Personen durch Großspenden Einfluss auf das politische Wettbewerbsgefüge nehmen. Zu vielen Akteuren finden Sie zudem vertiefende Einträge in der Lobbypedia, die Hintergründe und Strategien der Einflussnahme verdeutlichen.

Annette Sawatzki

## Next Level: Lobbykritik international

Konzerne agieren zunehmend international, ihre Lobbyisten auch. Um dem etwas entgegenzustellen, muss sich folglich auch die lobbykritische Zivilgesellschaft stärker internationalisieren.

In den vergangenen Monaten haben wir wichtige Schritte auf diesem Weg gemacht: Wir haben ein europaweites, konzernkritisches Recherchenetzwerk gegründet, das „European Network of Corporate Observatories“ (ENCO) und dazu ein erstes Treffen mit mehr als 20 Teilnehmern aus Europa und den USA in Köln veranstaltet.

Zudem haben wir unser europäisches Kampagnenbündnis ALTER-EU strategisch neu aufgestellt und den Fokus stärker auf die Lobbyaktivitäten von Konzernen in Brüssel gelegt. Schließlich haben wir unsere Kritik am CETA-Handelsabkommen und der darin enthaltenen Konzernagenda gemeinsam mit kanadischen und europäischen KollegInnen mit einer „Speakers‘ Tour“ in Europa bekannt gemacht.

Dazu haben wir uns in Paris, Dublin, Amsterdam, Berlin, Ljubljana und Wien mit politischen Entscheidungsträgern und Aktivisten getroffen und auf die Gefahren für die Demokratie in CETA hinzuweisen. Wir sind also gut aufgestellt für die politischen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre. Das Ziel ist klar: Wir wollen den einseitigen Konzerneinfluss auf die Politik zurückdrängen.

Max Bank



Internationales Vernetzungstreffen in Köln am 23. November.

Foto: LobbyControl

## FDP als Türöffner für Wirtschaftsinteressen an NRW-Schulen

Die neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen will den Einfluss von Unternehmen auf Schulen stärken. Wir wollen dem etwas entgegensetzen – unter anderem mit einer Infobroschüre für LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen.

Stiftungen und andere außerschulische Akteure sollen die Schulen finanzieren, Laien als Lehrer unterrichten und Wirtschaft Schulfach werden: Die neue FDP-Bildungsministerin plant, die Schulen in Nordrhein-Westfalen ordentlich umzukrempeln. Unter dem Druck von LehrerInnenmangel und klammen Kassen will die Landesregierung den Einfluss von Unternehmen und privaten Stiftungen gezielt ausbauen - oder zumindest in Kauf nehmen.

### LobbyControl stärkt die Handelnden vor Ort

Wir werden im kommenden Jahr diese Pläne kritisch begleiten, uns in die Diskussion einbringen und damit dem Versuch der Einflussnahme von Unternehmen auf Schulen etwas entgegensetzen.

Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Stärkung der Handelnden vor Ort, also der LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen. Deshalb haben wir unsere Broschüre zu Lobbyismus an Schulen überarbeitet und gerade neu veröffentlicht. Wir geben ihnen damit Material an die Hand, um sich über die Akteure, Methoden, Aktivitäten und Ziele zu informieren. Gleichzeitig machen wir Vorschläge dafür, was Sie vor Ort konkret unternehmen können und wie die Politik handeln sollte. Die Broschüre ist ab sofort über unseren Online-Shop zu beziehen.

[www.lobbycontrol.de/lobbyismus-an-schulen-broschuere](http://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-an-schulen-broschuere)

Fabian Kaske



Plenarsaal in Düsseldorf: Wird hier bald der Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen gestärkt?

## Mitgliederversammlung 2017 Vorstand Thomas Dürmeier geht neue konzernkritische Wege



Bei der Mitgliederversammlung im Herbst verabschiedeten wir uns von unserem langjährigen Vorstand Thomas Dürmeier

Bei herrlichem Wetter trafen sich Mitte Oktober 45 Mitglieder und Förderer zur Mitgliederversammlung in Köln. Wir diskutierten über die Lage nach der Bundestagswahl und tauschten uns unter anderem über Lobbyismus in der EU und Einflussnahme an Schulen aus. Zum letzten Mal war Thomas Dürmeier als Vorstand mit dabei. Nach 12 Jahren verlässt er LobbyControl, um sich seinem neuen, konzernkritischen Projekt „Goliathwatch“ zu widmen. Wir wünschen ihm dabei viel Erfolg und freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit. Und



wir bedanken uns ganz herzlich für sein jahrelanges Engagement. Als Gründungsmitglied hat er wichtige Aufbauarbeit geleistet.

Im Vorstand bestätigt wurden Heike Dierbach, Dieter Plehwe (ehrenamtlich) und Heidi Bank (geschäftsführend). Außerdem beschloss die Mitgliederversammlung erstmals eine Erhöhung des Mindestbeitrages von bisher 5 auf 6,50 Euro monatlich. Damit wollen wir unsere unabhängige und planbare Finanzierung stärken und gegen schwankende Einnahmen aus Einzelspenden absichern. Der ermäßigte Beitrag von 2,50 Euro bleibt unverändert.

Heidi Bank

### impresum

AutorInnen: Heidi Bank, Imke Dierßen, Timo Lange, Sebastian Meyer, Ulrich Müller, Fabian Kaske, Annette Sawatzki

Redaktion: Sebastian Meyer (Vi.S.d.P.)  
LobbyControl e.V.  
Am Justizzentrum 7, 50939 Köln

Kontakt: Tel.: 0221-995 715-0  
Fax: 0221-995 715-10  
[kontakt@lobbycontrol.de](mailto:kontakt@lobbycontrol.de)  
[www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

Layout: Hannes Jung  
Druck auf 100% Recyclingpapier

## Aserbaidsschan-Connection Interessenkonflikte, Ausflüchte, Unwahrheiten

Seit September sorgt eine Affäre um dubiose Geldströme aus dem autoritär regierten Aserbaidsschan für Aufsehen. Über Briefkastenfirmen flossen Millionen an europäische Politiker, auch in Deutschland. Der ehemalige CSU-Politiker Eduard Lintner erhielt zwischen 2012 und 2014 mehr als 800.000 Euro aus der Kaukasusrepublik. Etwa 22.000 Euro davon erhielt die Bundstagsabgeordnete Karin Strenz (CDU). Der Vorwurf der Abgeordnetenbestechung steht im Raum.



Screenshots: Report Mainz/ARD | www.reportmagazin.de

Fragwürdige Nähe: Karin Strenz überreicht Aserbaidsschans Präsident Aliyev ein Gastgeschenk.

Schon länger hatten Medien über die „Kaviar-Diplomatie“ Aserbaidsschans berichtet, mit der das Regime im Europarat kritische Berichte zur Menschenrechtslage oder unsauberen Wahlen verhindern wollte. Für Baku geht es um viel: Aktuell plant Aserbaidsschan mit europäischer Unterstützung ein 40 Milliarden Euro schweres Pipelineprojekt, um Gas nach Europa zu exportieren. Die neuen Enthüllungen zeigen nun konkrete Lobby-Geldströme.

### Wählertäuschung und Widersprüche

Frau Strenz wurde am 24.9. nur mit großen Verlusten als Direktkandidatin wieder in den Bundestag gewählt. Kurz zuvor hatte sie behauptet, sie sei „allen rechtlichen Transparenzanforderungen“ gerecht geworden. Nach der Wahl räumte Frau Strenz ein, dass sie ihre Beratertätigkeit für den Aserbaidsschan-Lobbyisten Lintner mit einjähriger Verspätung gemeldet habe. Sie hat somit ihre Wählerinnen und Wähler getäuscht.

### LobbyControl fordert Strenz' Rücktritt

Durch die verspätete Meldung war Strenz' Verbindung zu Aserbaidsschan nicht sichtbar, als sie im November 2015 als Wahlbeobachterin Aserbaidsschan war – und dem Regime anschließend ein gutes Zeugnis ausstellte, entgegen den Einschätzungen anderer Institutionen.

Karin Strenz hat sich zudem in den letzten Wochen in zahlreiche Unstimmigkeiten verstrickt auch bei einer Firma, die sie mit einer Mitarbeiterin Lintners gründete und später – als die Frage eines möglichen Interessenkonfliktes aufkam – einfach an ihren Mann überschrieb.

LobbyControl fordert, dass Karin Strenz ihr Bundstagsmandat niederlegt. Zudem muss die Union die dubiosen Verflechtungen endlich aufklären. Aktuelle Infos finden Sie auf unserer Webseite und auf Twitter.

Ulrich Müller

## EU macht Fortschritte bei Regeln für Lobbyisten

Die EU hat im vergangenen Jahr ein paar wichtige Schritte hin zu mehr Lobbytransparenz und -kontrolle gemacht. Ende 2016 hatte das Parlament bereits Lobbynebenaktivitäten für Abgeordnete verboten sowie strengere Regeln beim Umgang mit Lobbyisten eingeführt. Im September verabschiedete das Parlament zudem eine Initiative für mehr Transparenz. Diese sieht unter anderem einen gesetzlichen Fußabdruck für Abgeordnete, mehr Transparenz bei Handelsabkommen und einen besseren Schutz von Whistleblowern vor.

Sebastian Meyer

## Diffamierungskampagne gegen TTIP-KritikerInnen

Wirtschaftsnahe Akteure wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder Business Europe haben versucht, die handelskritische Bewegung mit fadenscheinigen Argumenten (u. a. „Anti-amerikanismus“, „Desinformationen“) und absurden Verschwörungstheorien (u. a. „von Russland finanziert“) zu diskreditieren. Unser im September veröffentlichte Bericht „Blaming the messenger“ dokumentiert diese Diffamierungskampagne und widerlegt die Vorwürfe.

Sebastian Meyer



Auch LobbyControl protestierte gegen TTIP und CETA – und wurde dafür von Konzernlobbyisten angefeindet.

Foto: Verena Guntner | LobbyControl